

**ANGRIFFE AUF DIE LEBENS- UND
ARBEITSBEDINGUNGEN –
ENDE DER KONSENSPOLITIK?***Eva Belabed*

Die politische Grundhaltung, dass eine Gesellschaft sich dann am besten entwickelt, wenn alle Bürger in einem vernünftigen Ausmaß am erarbeiteten Wohlstand und den Entscheidungen in einer Gesellschaft teilhaben, ändert sich seit einigen Jahren: Der Zusammenhalt in der Gesellschaft verliert an Stellenwert zugunsten individueller Entfaltungsmöglichkeiten, die Rolle des Staates wird zunehmend in Frage gestellt. Öffentliche Leistungen und Sozialsysteme werden abgebaut bzw. privatisiert, Mitwirkung und Mitgestaltung der Sozialpartner werden zurückgedrängt.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass dahinter die Interessen derjenigen stehen, die von einer möglichst wenig regulierten Welt profitieren, in der sich die Stärkeren durchsetzen und die Schwächeren auf der Strecke bleiben.

Sind Alphabetisierung und Bildung zunächst die treibende Kraft für die Verbreitung der Demokratie, so nimmt mit zunehmend höherer Bildung, unterstützt durch die Globalisierung, die Tendenz zur Oligarchie zu, in der eine breite Beteiligung der Bürger an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen nicht mehr erwünscht ist und daher erschwert wird.

Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel der USA. Europa geht mit dem für das Europäische Gesellschaftsmodell grundlegenden Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts einen anderen Weg, zeigt aber auch gewisse Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Die fehlenden bzw. nicht ausreichend ausgebildeten und vor allem nicht ausreichend demokratischen Governance-Strukturen auf der internationalen Ebene begünstigen diese Entwicklung.

Wir bewegen uns somit von einer Gesellschaft mit wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhalt, orientiert am Konsens – d. h. mit sozialem und zivilem Dialog –, in Richtung einer Gesellschaft mit steigender Ungleichheit der Einkommen und Vermögen, sinkender Einflussnahme aller gesellschaftlichen Gruppen auf gesellschaftliche Entscheidungen und zunehmender Orientierung am Konflikt.

Die derzeitige österreichische Realität passt genau in dieses Muster.